

Haushalt 2019 aus Sicht der ÜB-Stadtratsfraktion

(Rede am 11.12.2018, es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wie sieht ein wünschenswerter Haushalt aus?

Neben der Erfüllung von Pflichtaufgaben bleiben genug Mittel übrig, damit wir in die Zukunft unserer Stadt investieren können. Zukunftsfähigkeit ist daher kein isoliertes Thema für den Haushalt 2019, sondern darüber hinaus.

Was die Ausgabenseite des Haushalts anbelangt, so gehen wir insbesondere davon aus, dass der Oberbürgermeister mit den beantragten Planstellen maßvoll umgehen wird. Auch wenn wir nicht jede neue Planstelle als gleich dringlich einstufen, haben wir den Stellenplänen im Haupt- und Finanzausschuss und im Werkausschuss am Ende zugestimmt. Wir sehen das als Vertrauensvorschuss an ihn persönlich und an die Verwaltung.

Die Einnahmenseite knüpft nahtlos an die Vorjahre an. Letztes Jahr habe ich an gleicher Stelle gesagt: „*Wir halten das Thema Gewerbesteuer für steuerbar – wenn man frühzeitig damit anfängt und es auch wirklich möchte!*“

Es wurden in den letzten 12 Monaten weder bei der Entwicklung von Gewerbeflächen noch bei dem nachgelagerten Gewerbesteueraufkommen substanzielle Fortschritte erzielt. Nachdem die DIVA in dieser Form – ich möchte schon fast sagen zum Glück – nicht weitergeführt werden soll, bleibt der städtischen Wirtschaftsförderung vielleicht im kommenden Jahr etwas mehr Zeit für diese beiden eigentlichen Kernaufgaben.

Um es nochmal klar zu sagen: Hier liegt der Schwachpunkt des Haushalts. Wir verzichten weiterhin darauf, an den wesentlichen Stellschrauben für die finanzielle Zukunftsfähigkeit unserer Stadt selbst Hand anzulegen.

Ich möchte jetzt einige für die ÜB-Fraktion wichtige Einzelthemen herausgreifen:

Bei der Führung des **Bauamts** wünschen wir Herrn Reinhold viel Erfolg und eine glückliche Hand. Wir sind guter Dinge, dass mit dem Wechsel bei der Amtsleitung auch ein neue Haltung einzieht. Wir wollen kein Bauverhinderungsamt, sondern ein Bauermöglichungsamt!

Wir sind weniger an Diskussionen über die Farbgebung von Fassaden in der Altstadt interessiert. Wir wollen eine Stadtentwicklung mit planerischem Wertblick – das Ganze bei transparent gesteuertem, moderatem Wachstum.

Was uns das Wachstum der Vergangenheit beschert hat, kann man gut am Beispiel **Kinderbetreuung** sehen. Wir befinden uns in einer Art Hamsterrad-Situation:

Um alle vorhandenen Betreuungsplätze auch tatsächlich anbieten zu können, fehlt es an Personal, sowohl in der Verwaltung als auch vor Ort in Krippe, Kindergarten und Hort. Sollten die offenen Stellen dann irgendwann mühsam besetzt sein, wird es wieder an Betreuungsplätzen mangeln, so dass erneut gebaut werden muss und das Ganze wieder von vorne losgeht.

Was können wir tun? Zulagen bezahlen und Dienstwohnungen bauen! Ersteres haben wir in großer Einigkeit auf den Weg gebracht, bei letzterem fehlt bisher der Konsens. So betrachtet ist der vieldiskutierte Neubau von Dienstwohnungen an der Ludwig-Thoma-Straße ein richtiges Signal – auch wenn dort scheinbar ein Hochhaus auf einem Bierdeckel entstehen soll.

Was beim Stichwort Wachstum auch immer sichtbarer wird, ist das **Verkehrsproblem** der Stadt Dachau. Dahinter steht aus unserer Sicht nicht so sehr das Wachstum der Stadt Dachau selbst, sondern vielmehr die Expansion des Umlands. Das Ziel der ÜB-Fraktion ist weiterhin, dass der Stadtrat mit dem Landkreis gemeinsame Lösungen für Verkehrsthemen findet, und zwar auf Augenhöhe. Davon sind wir derzeit weit entfernt: Der Landkreis setzt selbstbewusster denn je die Themen und die Stadt schaut gebannt hinterher.

Dabei ist die beschlossene **Fortschreibung des städtischen Verkehrsentwicklungsplans** ein ureigenes Thema der Stadt Dachau. Uns geht es hier zu langsam voran. Insbesondere wollen wir am Ende nicht nur die Planungsziele des Landkreises auf die Stadt heruntergebrochen sehen. Als Große Kreisstadt haben wir schließlich Bedürfnisse, die sich von denen der Landkreismunicipalitäten unterscheiden.

Wo der Landkreis tatsächlich mehr tun könnte, sind die **Zuschüsse für den ÖPNV**. Was angesichts der stattlichen Kreisumlage wieder an die Stadt Dachau zurückkommt, ist der berühmte Krümel vom Kuchenstück.

Ungeachtet dessen sehen wir in der mittlerweile verkürzten Planungsvariante der **Nord-Ostumfahrung** eine echte Chance – idealerweise kombiniert mit einer Westumfahrung, was in Summe mit der B471 eine **Gesamtumfahrung** ergeben könnte. Die ÜB-Fraktion wird einer Nord-Ostumfahrung als ersten Schritt aber nur zustimmen, wenn zwei Dinge klar sind: Erstens bleiben wir beim „Nein“ zu einer Sonderbaulast, zweitens wollen wir wissen, was dann mit den Verkehrsflächen in der Innenstadt passiert.

Wenn neue Umgehungsstraßen gebaut werden, dann muss es in der Dachauer Innenstadt einen Umbau zu Gunsten des Radverkehrs und des ÖPNV geben. Alles andere wäre eine Fortsetzung der Verkehrspolitik aus den 70er-Jahren. Das wollen vielleicht andere, wir nicht!

Apropos 70er-Jahre: Unser **Bahnhof** sieht aus als wäre die Zeit dort stehengeblieben. Der ÜB-Fraktion ist klar, dass dort notwendige Modernisierungen nur sehr zögerlich durchsetzbar sein werden. Die Deutsche Bahn als Eigentümerin ist als schwieriger Verhandlungspartner bekannt. Trotzdem: Die Bahn will sicher irgendwann auf ihrem Gelände bauen und dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Stadt am Drücker ist.

Was uns bei den **Stadtwerken** etwas verwundert, ist die Reserviertheit beim Thema Elektromobilität. Europaweit wird über das Ende des Verbrennungsmotors diskutiert und wir beraten lang und breit über die Hürden beim Aufstellen von Ladesäulen. Wir sehen natürlich auch, dass es gerade diejenigen in Berlin und Brüssel sind, die lautstark den Umstieg auf das E-Auto propagieren, aber nicht für die notwendigen Vereinfachungen sorgen. Am Ende ist beiderseitiger Lösungswille gefragt!

Die **Stadtbau** erfüllt mit dem kontinuierlichen Bau von Mietwohnungen und sozial geförderter Eigentumswohnungen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Selbstverständlich muss das Baurecht auf den jeweiligen Grundstücken bestmöglich ausgenutzt werden, um möglichst viel Wohnraum zu schaffen. Trotzdem: Wir werden die Nachfrage wohl nie decken können. Der Grund dafür sind auch „Fehlbeleger“ in den städtischen Sozialwohnungen. Uns ist bewusst, dass die Regierung Beckstein die Fehlbelegungsabgabe als gesetzliches Steuerungsinstrument abgeschafft hat. Wir möchten trotz allem die Verantwortlichen bei der Stadt und bei der Stadtbau weiterhin und ausdrücklich ermuntern, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die städtische Anzahl an städtischen Sozialwohnungen vorrangig denjenigen zu Gute kommt, die sie aktuell wirklich brauchen.

Bei der **VHS** freuen wir uns über die solide Geschäftsentwicklung. Auch hier wird mit einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe erfüllt.

Bei der Entwicklung von **Sportstätten** ist es um das neue **Eisstadion** in letzter Zeit recht ruhig geworden. Die Kostenthematik beim Hallenbad sollte uns eine Lehre sein: Anstelle großer Träume sollten wir lieber auf eine solide Frei-Eisfläche mit Überdachungsmöglichkeit setzen. Dies in städtischer Hand.

Davon unabhängig ist die Entscheidung über den Standort von großer Bedeutung für den **ASV Dachau**. Wenn es dadurch zu weiteren Verzögerungen beim Neubau der Georg-Scherer-Halle kommen sollte, drohen uns Instandhaltungskosten für die alte Halle, die keiner von uns haben möchte.

Bei der **Aussiedelung des TSV 1865** fehlte es nach unserer Wahrnehmung über eine lange Zeit an einer klaren Zielorientierung: Will der Verein zügig und mit voller Unterstützung der Steuerzahler aussiedeln, muss er Kompromisse machen – im Großen wie im Kleinen. Die Eckpunkte „Einbringung des gesamten Vermögens“ sowie „Aufgabe des Standorts an der Jahnstraße“ bleiben für uns unverhandelbar. Wir haben dem Erhalt des Standorts Dachau-Ost, der eigentlich zur Gegenfinanzierung für die Aussiedelung vorgesehen war, zähneknirschend zugestimmt. Es sind schließlich auf beiden Seiten Kompromisse gefragt.

Was unabhängig von den drei Großprojekten nicht zu kurz kommen darf, ist die **frühzeitige Sicherung von Sport- und Erholungsflächen**. Hier müssen wir über Flächennutzungspläne tätig werden und insbesondere dem Druck von hohen Grundstückpreisen und alternativen Verwertungsmöglichkeiten widerstehen.

Zum Schluss möchte ich feststellen: Der Haushalt bereitet uns weniger Sorgen mit Blick auf das Haushaltsjahr 2019, über das wir heute abstimmen. Unsere Zustimmung verbinden wir mit einer Mahnung: Die Stadt Dachau muss es ernsthaft schaffen wollen, die Einnahmen wieder strukturell in Übereinstimmung mit den Ausgaben zu bringen. Momentan leben wir von der Hand in den Mund und der Hoffnung, dass die Konjunktur intakt bleibt. Das ist auf Dauer zu wenig. Wir müssen das Heft des Handelns endlich selbst in die Hand nehmen.

Zu Schluss gilt mein Dank erneut allen, die sich heuer für das Wohl unserer Stadt eingesetzt haben – sei es im Kleinen wie im Großen.

gez. Rainer Rösch, Fraktionsvorsitzender